

Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Gemeinden hinsichtlich wahlstatistischer Auszählungen und Auswertungen über eine kommunale Statistikstelle nach § 9 Landesstatistikgesetz verfügen;
2. wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen in Baden-Württemberg am Wahltag des 25. Mai 2014 bei der Kommunalwahl, bei den Kreistagswahlen und bei den Wahlen zum Verband Region Stuttgart dargestellt hat;
3. wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen an Verfahren der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene (Teilnahme an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen) seit Absenkung des Wahlalters dargestellt hat;
4. wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen an Bürgermeisterwahlen seit Absenkung des Wahlalters dargestellt hat;
5. inwieweit Jugendliche seit Absenkung des Wahlalters zu ehrenamtlicher Mitarbeit, etwa als Wahlhelfer, von der Gemeinde herangezogen wurden;

6. wie die Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung sowie weiterer Bündnispartner bewertet wird.

30. 06. 2014

Sitzmann, Sckerl, Schwarz
und Fraktion

Begründung

Gerade die Kommunalpolitik beeinflusst das Umfeld von Jugendlichen direkt, bislang hatten sie aber keinen Einfluss auf die Wahl ihrer Gemeindevertreter. Durch Änderung des Kommunalwahlgesetzes und Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat sich dies geändert. Den Jugendlichen ist nun die Möglichkeit gegeben worden, durch Teilnahme an kommunalen Wahlen sowie an Verfahren der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene die Kommunalpolitik mitgestalten zu können.

Der Antrag hat eine Bestandsaufnahme zur Wahlbeteiligung von unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes zum Ziel.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 29. August 2014 Nr. 2-2206.-14/10 nimmt das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und der Landeszentrale für politische Bildung zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie viele Gemeinden hinsichtlich wahlstatistischer Auszählungen und Auswertungen über eine kommunale Statistikstelle nach § 9 Landesstatistikgesetz verfügen;*

Zu 1.:

Über eine Statistikstelle nach § 9 Landesstatistikgesetz verfügen folgende 17 Städte: Aalen, Bruchsal, Esslingen am Neckar, Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Ludwigsburg, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen, Sindelfingen, Stuttgart, Tübingen, Ulm und Villingen-Schwenningen.

2. *wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen in Baden-Württemberg am Wahltag des 25. Mai 2014 bei der Kommunalwahl, bei den Kreistagswahlen und bei den Wahlen zum Verband Region Stuttgart dargestellt hat;*

Zu 2.:

Eine Auswertung der Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen ist nur auf der Grundlage von § 39 b des Kommunalwahlgesetzes in den Gemeinden zulässig, die über eine Statistikstelle nach § 9 des Landesstatistikgesetzes verfügen (siehe auch Drucksache 15/5353).

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

In der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse auf der Grundlage von Daten des Städtetags dargestellt. Zu den Angaben ist Folgendes zu bemerken: Die Wahlbeteiligungsquoten der Altersgruppen „16- und 17-Jährige“ sowie „18- bis ca. 25-Jährige“ gründen – wie in der Spalte „Basis“ ausgewiesen – auf Auswertungen der Wählerverzeichnisse entweder nur für die Urnenwahlen (U) oder für die Urnenwahlen und Briefwahlen (G). Erfahrungsgemäß nehmen nicht alle Wahlberechtigten, die Wahlscheine beantragt haben (Stimmabgabevermerk „W“ in den Wählerverzeichnissen), letztlich auch an der Wahl teil.

Stadt	Basis	Wahlbeteiligungsquoten in Prozent		
		16- und 17-Jähr.	18- bis ca. 25-Jähr.	Insgesamt ¹⁾
Bruchsal		39,7	33,8	46,6
Esslingen a. N.	G	53,8	--,-	46,2
Freiburg im Br.	G	58,0	--,-	51,4
Heidelberg	G	40,5	--,-	50,7
Heilbronn	U	36,4	22,1	39,2
Karlsruhe	G	41,4	40,0	47,5
Konstanz	G	41,7	42,0 ²⁾	47,5
Ludwigsburg	G	38,8	33,0	44,8
Mannheim	U	26,1	22,1	38,7
Pforzheim	G	31,6	23,8	37,4
Reutlingen	U	28,5	22,2 ³⁾	38,9
Sindelfingen	G	38,9	33,9	44,4
Stuttgart	G	41,0	35,0/33,8 ⁴⁾	46,6
Ulm/Donau	U	52,4 ⁵⁾	26,0	46,4

¹⁾ Bei den Werten in der Spalte „Insgesamt“ handelt es sich generell um die stadtweiten Wahlbeteiligungsquoten auf Basis aller Wählerinnen und Wähler (Urnenwahl und Briefwahl)

²⁾ 18- bis 30-Jährige

³⁾ Nur 18- bis 23-Jährige (Erstwähler)

⁴⁾ 18 bis 21 Jahre 35,0 Prozent, 21 bis 25 Jahre 33,8 Prozent

⁵⁾ Gesamtergebnis für die Urnen- und Briefwahl 62,1 Prozent

Diese Zahlen ermöglichen keine Verallgemeinerung für das ganze Land. Die in der Tabelle aufgeführten Daten stammen allerdings aus bevölkerungsstarken Städten, die zusammen einen erheblichen Teil der Bevölkerung des Landes darstellen.

3. wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen an Bürgermeisterwahlen seit Absenkung des Wahlalters dargestellt hat;

4. wie sich die Wahlbeteiligung der unter 18-jährigen an Verfahren der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene (Teilnahme an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen) seit Absenkung des Wahlalters dargestellt hat;

Zu 3. und 4.:

Zu den genannten Verfahren direkter Demokratie liegen dem Innenministerium keine Angaben vor.

Die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei der Oberbürgermeisterwahl in Aalen am 7. Juli 2013 lag bei 40,5 Prozent. Die Gesamtwahlbeteiligung lag bei 45 Prozent.

Die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei der Oberbürgermeisterwahl in Heilbronn am 16. März 2014 lag bei 37,1 Prozent. Die Gesamtwahlbeteiligung lag bei 39 Prozent.

5. inwieweit Jugendliche seit Absenkung des Wahlalters zu ehrenamtlicher Mitarbeit, etwa als Wahlhelfer, von der Gemeinde herangezogen wurden;

Zu 5.:

Wegen der gleichzeitigen Durchführung der Europawahl und der Kommunalwahlen haben viele Gemeinden auf die Mitarbeit Jugendlicher als Wahlhelfer bei der Kommunalwahl verzichtet, da bei der Europawahl wegen der fehlenden Wahlberechtigung der Jugendlichen eine Berufung in den Wahlvorstand nicht zulässig gewesen wäre. Häufig werden die gleichen Personen in den jeweiligen Wahlvorständen eingesetzt.

Aus einzelnen Gemeinden wurde die Mitarbeit von Jugendlichen in geringem Umfang berichtet.

Bei der Oberbürgermeisterwahl am 16. März 2014 in Heilbronn wurden Jugendliche als Wahlhelfer eingesetzt. Hier wurde darauf geachtet, dass diese, wenn möglich, mit einem Elternteil den Dienst versehen konnten, insbesondere dann, wenn der Jugendliche für die zweite Schicht eingeteilt war.

Ob Jugendliche im Übrigen für Ehrenämter herangezogen werden, ist dem Innenministerium nicht bekannt.

6. wie die Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung sowie weiterer Bündnispartner bewertet wird.

Zu 6.:

Das im Vorfeld der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 in Baden-Württemberg gebildete Bündnis „Wählen ab 16“ hat unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. (LJR) in enger Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung und verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen eine landesweite Erstwählerkampagne zur Wahlaltersabsenkung vom Januar bis Mai 2014 durchgeführt.

Das Ziel war die Jugendlichen zu informieren und zu motivieren sowie die Eigenaktivität vor Ort zu stärken. Eine wichtige Grundlage stellte dabei die Absprache zwischen Kommunen, Schulen, außerschulischen Bildungsträgern und den Jugendringen und Verbänden dar, um die jungen Erstwählerinnen und Erstwähler zur Beteiligung zu bewegen. Durch diese Absprache konnten außerdem Themen mit Lebensweltbezug für die jungen Menschen vor Ort aufgegriffen werden, um eine nachhaltige Förderung des politischen Engagements junger Menschen zu ermöglichen.

Nach dem Landtagsbeschluss vom 19. Dezember 2013 zur Finanzierung dieser Kampagne blieben für deren Planung, Organisation und Durchführung nur fünf Monate Zeit. Die LpB und der LJR bewerten als federführende Institutionen des Bündnisses „Wählen ab 16“ die durchgeführte Kampagne trotz des engen Zeitrahmens durchaus positiv. Bei vielen Kommunen, Landkreisen und Schulen in Baden-Württemberg stieß die Erstwählerkampagne auf große Zustimmung. Neben Veranstaltungen und Aktionen, die von Multiplikatoren-Teams des Bündnisses „Wählen ab 16“ begleitet wurden, entwickelten viele Kommunen und Schulen eigenständige Angebote, die durch die Landeszentrale mit Arbeits- und Informationsmaterial unterstützt wurden.

Dies drückt sich auch in dem sehr großen Bedarf an motivierenden und informierenden Materialien für die Zielgruppe der Erstwählerinnen und Erstwählern aus, die von vielen Kommunen und Schulen angefordert wurden. Insgesamt 640.000 Druckerzeugnisse standen zur Verfügung. Davon wurden über 380.000 Publikationen als Unterrichts-, Arbeits- und Informationsmaterialien während der Kampagne bestellt bzw. verteilt. Dazu kamen Werbemittel in Form von Postkarten, Swing-Cards und Aufklebern mit einer Gesamtauflage von 260.000.

Im Rahmen dieser Erstwählerkampagne wurden 130 junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Schulungen qualifiziert, die in Teams in den vier Regierungsbezirken Aktionstage und Veranstaltungen zielgruppengerecht durchführten. In über 250 Veranstaltungen wurden spielerische Lernangebote, Planspiele, Lernzirkel, Workshops, Großgruppen-Methoden, Infostände, Testwahlen sowie Diskussionsformate mit Kandidierenden und eigene Ideen der Kommunen oder Schulen bereitgestellt.

Als weiterer Erfolg sind die Onlineangebote des Bündnisses „Wählen ab 16“ zu werten. Die Website www.waehlenab16-bw.de, die sich vor allem an Multiplikatoren richtete, erreichte im Mai 2014 18.500 Nutzer und über 74.000 Zugriffe, fast 1.000 Seiten hatten auf das Angebot verlinkt, darunter 320 Kommunen und 14 Landkreise.

Mit Facebook (www.facebook.com/jugendwahl) wurde vor allem die Zielgruppe im Alter zwischen 13 und 24 Jahren erreicht. Die Beitragsreichweite aller Beiträge lag vom 1. März 2014 bis zur Wahl bei 288.700 Nutzern. Insbesondere in den letzten 30 Tagen vor der Wahl kam es zu einer hohen Beitragsreichweite durch die Veröffentlichung der Videos zur Kampagne. So konnten 130.000 Nutzer durch 17 Videos erreicht werden (im Durchschnitt 7.600 Nutzer pro Video). Bis zur Wahl erreichte die Facebook-Seite über 1.800 „Fans“.

Der YouTube-Kanal (www.youtube.com/user/waehlenab16) des Bündnisses kam auf über 42.000 Aufrufe, davon knapp 21.000 Aufrufe zur Talking-Heads-Reihe, über 13.000 Aufrufe zum Erklär-Film mit Wahlcomic und über 7.000 Aufrufe für den Hauptfilm „MEET YOU THERE“. Dieser war auch in Kinos sowie an den Informationsscreens der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Stuttgart zu sehen.

Die Erstwählerkampagne wurde durch eine intensive Pressearbeit begleitet, die sich neben der Landespresse an die Jugendrads, die Lokalzeitungen sowie Fachzeitschriften richtete. Neben zwei Landespressekonferenzen wurden zahlreiche einzelne Pressetermine in allen Regionen des Landes wahrgenommen.

In Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung war die zwischen dem 8. bis 25. Mai 2014 angebotene Wahlsimulation (simulation.waehlenab16-bw.de) ein großer Erfolg: 12.000 Besuche und 78.000 Seitenaufrufe, außerdem hatten insgesamt 276 Seiten auf das Angebot verlinkt.

In einzelnen Kommunen bzw. Landkreisen wurden lokale Bündnisse gegründet und spezielle Aktionen für die Erstwählerinnen und Erstwähler durchgeführt. Exemplarisch dafür werden die folgenden Beispiele genannt.

Das Bündnis in Stuttgart, bestehend aus der Landeshauptstadt, der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft (stjg), dem Stadtjugendring (SJR), den Stuttgarter Schulen, dem Internationalen Bund (IB), der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und den Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Fritz Kuhn führte die Kampagne mit großem Engagement durch. An über 30 Aktionstagen wurden die Angebote „Wahllotsen on Tour“ und „Demokratie-Bus on Tour“ von Februar bis Mai 2014 mit über 20 geschulten Wahllotsen im Alter von 15 bis 23 Jahren umgesetzt. Schülerinnen und Schüler an 25 Stuttgarter Schulen wurden gezielt über das neue Wahlrecht und Kommunalpolitik allgemein informiert sowie spielerisch motiviert wählen zu gehen. Auch bei außerschulischen Veranstaltungen waren die Wahllotsen im Einsatz, so dass insgesamt rund 3.800 Jugendliche erreicht wurden.

In Freiburg im Breisgau wurde ein lokales Bündnis mit der Kampagne „Wählen 16+“ vom Jugendbüro Freiburg im Jugendbildungswerk getragen. Neben vielfältigen Aktivitäten wie eigener Website, Facebook-Seite, Video und selbst entwickeltem Logo sowie Durchführung eines Aktionstages fanden viele Kooperationen mit aktiven Partnern vor Ort statt (Theater Freiburg, Jugendclub des SC Freiburg, Ring politischer Jugend, LpB etc.). Außerdem wurden über 40 Klassen an Freiburger Schulen verschiedener Schularten besucht, so dass über 1.000 Jugendliche angesprochen wurden.

Im Landkreis Esslingen wurden durch ein Bündnis bestehend aus Landratsamt, zahlreichen Bürgermeistern, Kreisjugendring und der LpB weit über 100 Veranstaltungen durchgeführt. Ein Aktionsbus zu „Wählen ab 16“ fuhr mit über 40 geschulten Teamern in 26 Kommunen an viele Schulen, Jugendhäuser und öffentliche Plätze, um auf das geänderte Wahlrecht aufmerksam zu machen und zu informieren. Dazu gab es über 60 verschiedene zielgruppenspezifische Veranstaltungen und eine Plakatkampagne in 41 von insgesamt 44 Kommunen des Landkreises. Es konnten insgesamt über 8.000 Jugendliche erreicht werden.

In den Städten Gerlingen, Hockenheim und Walldorf wurde durch die LpB die Aktion 10plus durchgeführt. Das Ziel war, Erstwähler zur Teilnahme an der Kommunalwahl zu motivieren und durch gezielte Aktivitäten eine um 10 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung bei den Erstwählern zu erreichen. Die Stadtverwaltungen und die Jugendgemeinderäte in Gerlingen und Hockenheim sowie die kirchlichen Jugendverbände in Walldorf waren die Bündnispartner vor Ort. Durch vielfältige Angebote wie Podiumsdiskussionen, Speed-Datings, Infostände an allen Schulen, Postkartenaktionen sowie die Kooperation mit dem örtlichen Kino in Walldorf konnte ein breites jugendliches Publikum angesprochen werden.

In der durch den Städtetag erbetenen repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen und im Vergleich mit anderen Gruppen bei den Gemeinderatswahlen liegen unter anderem auch die Ergebnisse von Stuttgart, Esslingen am Neckar und Freiburg im Breisgau vor. Es zeigt sich dabei, dass die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen in Esslingen am Neckar mit 53,8 Prozent und Freiburg im Breisgau mit 58 Prozent außerordentlich hoch ist und sogar über der jeweiligen Gesamtwahlbeteiligung liegt. In Stuttgart liegt die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen mit 41 Prozent 5,6 Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung von 46,6 Prozent, aber wesentlich höher als bei den 18- bis 25-jährigen Wahlberechtigten. In der Erhebung der 14 Städte zur Wahlbeteiligung der Erstwähler lässt sich auch erkennen, dass die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen deutlich höher war als die der älteren Erstwähler.

Ende September 2014 wird die Landeszentrale einen Abschlussbericht zu der Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ vorlegen. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist anzumerken, dass eine zielgruppenspezifische Informations- und Motivationskampagne einen längeren Planungszeitraum benötigt. Zu einer erfolgreichen Kampagne gehören neben Veranstaltungen, Materialien und Werbemittel auch Social-Media-Elemente, um künftig Erstwählerinnen und Erstwähler anzusprechen und zu erreichen.

Wünschenswert ist eine langfristig gesicherte Finanzierung kommender Kampagnen, um frühzeitig mit den Planungen und der Organisation beginnen zu können.

Die Landesregierung geht aufgrund der sehr guten Resonanz und der in einzelnen Kommunen erhobenen Daten davon aus, dass die Veranstaltungen und Angebote im Rahmen der Erstwählerkampagne sich positiv auf die Wahlbeteiligung der Jugendlichen ausgewirkt haben.

Gall

Innenminister